

**Vertrag zwischen
CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
im Rhein-Erft-Kreis**

**über eine Koalition zur nachhaltigen
Entwicklung des Rhein-Erft-Kreises
für die Wahlperiode 2014-2020**

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
1. Bildung.....	4
2. Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	5
3. Umwelt.....	6
4. Wirtschaftsförderung.....	7
5. Haushalt und Generationengerechtigkeit.....	8
6. Interkommunale Zusammenarbeit.....	9
7. Inklusion.....	9
8. Verkehr.....	10
9. Sicherheit.....	11
10. Verwaltung.....	11
11. Kultur, Sport und Freizeit.....	12
12. Zivilgesellschaftliches Engagement.....	12
13. Internationale Begegnungen und Partnerschaften.....	13
14. Gestaltung der Heimat mit allen hier lebenden Menschen.....	13
15. Arbeitsweise der Koalition.....	13

Präambel

Seit 2012 bilden CDU, GRÜNE und FDP die Mehrheit im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises. Auf der Grundlage einer in einem Koalitionsvertrag festgehaltenen programmatischen Erklärung haben wir eine Politik gestaltet, deren Ziel der Erhalt des Bewährten, die Sicherung der finanziellen Schuldenfreiheit des Kreises und der Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft sowie die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Heimat war und ist.

Nachhaltigkeit in finanziellen und ökologischen Fragen sowie eine Politik des gesellschaftlichen Konsenses haben dabei unsere Leitlinien gebildet. In dieser Tradition vereinbaren unsere drei Fraktionen auch für die kommenden sechseinhalb Jahre eine weitere Zusammenarbeit als CDU-GRÜNE-FDP-Koalition.

Wir wollen gemeinsam die Politik für die Menschen unseres Kreises und seiner Städte gestalten. Das ist der eindeutige Auftrag der Wählerinnen und Wähler aus der Kreistagswahl im Mai 2014. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir werden vertrauensvoll und einvernehmlich zusammenarbeiten. Wir sind uns bewusst, dass es zwischen den Partnern unterschiedliche Positionen in bestimmten Bereichen gibt. Aber gerade diese Kooperation ohne Zwänge hat in den vergangenen Jahren die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Koalition geprägt. Heute ist sie die starke Grundlage für diese Koalitionsvereinbarung und die zukünftige erfolgreiche Zusammenarbeit im Rhein-Erft-Kreistag für diese Wahlperiode.

Bürgerinnen und Bürger, Mittelständler, Industrie, Verbände und Vereine, zivilgesellschaftliche Gruppen sowie die Städte des Kreises finden in der Rhein-Erft-Koalition einen verlässlichen Garanten für die zukunftsorientierte Entwicklung des Kreises. Das haben wir in der Vergangenheit gewährleistet. Alle hier lebenden Menschen, die Unternehmen, Vereine, Verbände, zivilgesellschaftlichen Gruppen und die kreisangehörigen Kommunen können sich auf die Fortsetzung dieser ergebnisorientierten Politik verlassen.

In einem großen Kraftakt haben die Koalitionen der vergangenen Jahre die finanziellen Spielräume erarbeitet und erhalten, damit der Rhein-Erft-Kreis schuldenfrei ist. Gleichzeitig sind wir der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verantwortung ebenso gerecht geworden wie den Anforderungen der Generationengerechtigkeit. Die Ansätze gilt es weiter auszubauen, zu verstetigen und zu sichern.

Die Koalition weiß, dass der Rhein-Erft-Kreis große finanzielle und künftig auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen hat. So wird sich unsere Region insbesondere in den kommenden Jahrzehnten auf einen wirtschaftlichen Strukturwandel einstellen müssen. So macht zum Beispiel die Energiewende gerade bei uns die Suche nach neuen Formen der Energiegewinnung nötig. Die externen Zusatzbelastungen für den Kreishaushalt sind in den vergangenen Jahren enorm gewachsen. Dies hat unsere besonnene Haushaltsführung einerseits in ihrer Zukunftsfestigkeit bestätigt, andererseits erfordert es von uns eine auch weiterhin sparsame Haushaltspolitik. Diese wird durch die Trias von Schuldenfreiheit sowie langfristig angestrebtem Haushaltsausgleich und Kreisumlagesenkung geprägt.

Diese Koalitionsvereinbarung skizziert die Schwerpunkte der politischen Arbeit von

CDU, GRÜNEN und FDP in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Umwelt, Wirtschaftsförderung, Haushalt und Generationengerechtigkeit, Interkommunale Zusammenarbeit, Inklusion, Verkehr, Sicherheit, Verwaltung, Kultur, Sport und Freizeit, zivilgesellschaftliches Engagement, internationale Begegnungen und Partnerschaften, Gestaltung der Heimat mit allen hier lebenden Menschen und die Arbeitsweise der Koalition. Im Einzelnen besteht Einvernehmen in folgenden Punkten:

2. Bildung

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung benötigen wir gut ausgebildete junge Menschen. Das besondere Engagement in unseren Förderschulen, Berufskollegs und dem Hochbegabtenzentrum Rhein-Erft-Kreis wird fortgesetzt. Mit dem Potenzialcheck wollen wir unseren Jugendlichen weiterhin eine lokale Orientierungshilfe für ihre Ausbildung gewähren. Damit sorgen wir schon im Alter von 13 bzw. 14 Jahren für eine unterstützende Begleitung zur persönlichen und beruflichen Entwicklung. Mit unserem Ansatz zur Berufswahlorientierung verbessern wir auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund die Zugangsmöglichkeiten. Wir fordern das Land auf, den Potenzialcheck umfassend zu finanzieren.

Die Berufskollegs werden bedarfsgerecht ausgestattet. Dazu gehört auch die Schulsozialarbeit. Wir sehen aber die Finanzierungsverpflichtung in erster Linie bei Bund und Land.

Die materielle und sachliche Ausstattung der Schulen soll auf hohem Niveau gesichert werden. Ein entsprechender Investitionsplan, einschließlich der Maßnahmen zur energetischen Sanierung und zum Ausbau der IT-Infrastruktur, ist zu erstellen und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen stehen zum Neubau des Berufskollegs Bergheim.

Die Koalitionsfraktionen wünschen sich Wirtschafts- und Verbraucherschutzbildung an den Berufskollegs und an den Sekundarschulen des Kreises. Dafür soll projektbezogen mit der Verbraucherzentrale zusammengearbeitet werden.

Die Berufskollegs sollen bedarfsgerechter ausbilden, um den Fachkräftebedarf zu befriedigen. Neben der passgenauen Ausbildung sind die Themen Frauenerwerbstätigkeit und Migration zu beachten.

Zusammen mit den Kommunen soll eine kreisweite Ausbildungsbörse installiert werden, neben den bereits bestehenden in Hürth und Bergheim. Weiterhin sollen duale Ausbildungspartnerschaften entstehen.

Angebote für Kindertageseinrichtungen sollen entwickelt sowie Strukturen und Netzwerke in den Kommunen aufgebaut werden. So soll insbesondere auch das Hochbegabtenzentrum des Rhein-Erft-Kreises konkrete Maßnahmen zur frühkindlichen Förderung entwickeln und umsetzen.

Zurzeit wird die Thematik der schulischen Inklusion im Rahmen einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung von Kommunen und Kreis erarbeitet.

Die Koalitionsfraktionen orientieren sich dabei am Elternwillen und Kindeswohl. Das Förderschulangebot des Kreises soll im Umfang der Nachfrage erhalten bleiben, um Wahlfreiheit zu sichern. Auch an den Förderschulen ist Schulsozialarbeit begrüßenswert.

Die Menschen und die Wirtschaft im Kreis können sich auf unsere umfängliche Förderung des Bildungs- und Ausbildungswesens verlassen.

3. Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Die verlässliche Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden, sozialen Vereinen und anderen Leistungserbringern im Sozialbereich bleibt stabil, auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. In Verträgen mit Dritten soll generell eine Bezahlung der Bediensteten nach Tarif von den Vertragspartnern zugesagt werden.

Wir wollen mit unseren Kooperationspartnern zeitnah und kompetent auf neue Herausforderungen reagieren. Selbsthilfegruppen werden eine verlässliche Unterstützung erfahren. Internetgestützte Vermittlungsplattformen für soziale Dienste sollen geprüft werden.

Die Fraktionen stellen fest, dass zum Thema Demenz in den letzten Jahren gut gearbeitet wurde. Die Kooperation mit den Kommunen und den vielen Anbietern von Hilfe bei Demenz funktioniert. Wir sichern auch weiterhin die erforderliche Unterstützung zu.

Im Bereich der Pflege sollen die Angebote, insbesondere bei der ambulanten und stationären Pflege, begleitet und koordiniert werden. Darüber hinaus sollen neue Wohnformen für Pflegebedürftige stärker berücksichtigt werden. Es soll ein „runder Tisch Pflege“ eingerichtet werden.

Wir werden unseren Beitrag zum weiteren Ausbau der ambulanten und dezentralen psychiatrischen Versorgung leisten.

Defibrillatoren bleiben auch in den kreiseigenen Gebäuden erforderlich.

Das Heinrich-Meng-Institut (SPZ) soll weiterhin die Hilfe für Kleinkinder, die gesundheitliche Entwicklungsprobleme aufweisen, gewährleisten. Die Entwicklungsprobleme sollen minimiert und dadurch den Heranwachsenden eine selbstbestimmte Zukunft ermöglicht werden.

Die Fraktionen unterstützen das Gesundheitsamt in den Projekten zur Kindergesundheit. Die Kindervorsorgeuntersuchungen sollen flächendeckend beworben werden. Die Partner sind sich darüber einig, die Vorsorge- und Impfquote bei den Kindern zu erhöhen, gleichwohl aber keine Impfpflicht zu verlangen.

In den vergangenen Jahren hat das Gesundheitsamt in der regionalen Kooperation zum Thema multiresistente Keime vorbildlich gearbeitet. Wir unterstützen das Gesundheitsamt weiter darin, die notwendigen Hygienemaßnahmen in den Einrichtungen durchzusetzen.

Neben der guten allgemeinen und speziellen medizinischen Versorgung der Menschen

in den Krankenhäusern soll der aufwendigen Betreuung der Patientinnen und Patienten im Notfall Rechnung getragen werden. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für einen Ausbau der intensivmedizinischen Kapazitäten in den Häusern und des intensivmedizinischen Krankentransports einsetzen.

Hinsichtlich der Suchtthematik sind sich die Fraktionen dahingehend einig, dass es um Prävention, Betreuung und Reintegration geht. Der Kreis wird ein Konzept zum Umgang mit dem Thema Sucht vorlegen, das auch auf neue Formen der Sucht eingeht. Es soll dazu eine Expertise eingeholt werden.

Einig sind sich die Fraktionen auch darin, dass die im Bereich Sucht für den Kreis tätigen Dienstleister ebenso eine mittelfristige Finanzierungssicherheit erhalten sollen, wie die Wohlfahrtsverbände und andere soziale Dienstleister. Die Koalitionsfraktionen werden ihre bisherigen Zusagen einhalten. Bei den Maßnahmen sollen alle Mittel, die es von Dritten gibt, ausgeschöpft werden.

Der Verbraucherschutz soll anhaltend gestärkt werden. Wir wollen Orientierungshilfen durch gezielte Informationsveranstaltungen im Schulbereich und darüber hinaus, etwa im Bereich der Schuldenprävention, anbieten.

4. Umwelt

Die Menschen im Rheinland haben ein Bedürfnis nach Natur und wollen den Schutz unserer Umwelt. Es ist uns deshalb ein gemeinsames Anliegen, die Flächeninanspruchnahme für Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr zu reduzieren. Wir beteiligen uns weiterhin an der „Allianz für die Fläche“, deren Mitglied der Kreis ist.

Die Fraktionen sind sich einig, ein intelligentes Flächenmanagement in einem Vierklang aus Vermeidung, womöglich Verdichtung, Recycling und schonender Inanspruchnahme zu installieren. Die für Ausgleichsmaßnahmen genutzten Flächen sollen so genutzt werden, dass möglichst viele Ökopunkte realisiert werden.

Der Erhalt wichtiger Wald-, Frei- und Ackerflächen ist von besonderer Bedeutung. Umwandlungen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung hinsichtlich der Notwendigkeiten der Sicherung von Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen, der Verkehrsinfrastruktur und den Anforderungen des Naturschutzes.

Neben der sparsamen Flächeninanspruchnahme geht es auch um die Wiederaufnahme des Waldvermehrungsprogramms sowie die Weiterführung der Erft-Renaturierung, für das möglichst viele Menschen als Unterstützer angesprochen werden sollen.

Die Arbeit der Biologischen Station wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Die Biologische Station soll auch an den Bedburger Teichen tätig werden, z.B. in Form einer Betreuung einer Naturschutzhütte.

Wir unterstützen das Zentrum des Naturparks Rheinland, die Gymnicher Mühle, und dabei insbesondere auch eine kleine Wasserkraftanlage, so wie dort bereits geplant.

Im Rahmen der Kreiszuständigkeiten setzen wir auf Immissionsminderungen bei der lokalen Industrie und auf den Dialog mit der Wirtschaft zwecks CO₂-Reduktion.

Wir wollen das gemeinsame Ziel aller politischen Kräfte im Kreis, die CO₂-Emissionen des Kreises bis 2020 um mindestens 20% im Verhältnis zum Ausgangsjahr 1990 zu senken, frühzeitig erreichen.

Die energetische Sanierung der kreiseigenen Gebäude wird auf der Grundlage der Vorarbeiten umgesetzt. Die Koalitionsfraktionen stehen zur Energiewende und den damit verbundenen Konsequenzen.

Wir fördern die E-Mobilität und andere Formen emissionsfreier bzw. -reduzierter Mobilitäten im Kreis.

Die Energiewende bietet große Chancen für die mittelständische Wirtschaft auch im Rhein-Erft-Kreis.

Besondere Bedeutung hat auch die Weiterentwicklung des Energie-Kompetenz-Zentrums, welches wir leistungsfähig ausgestalten wollen. Hier wollen wir die Energie-Beratung ausbauen und die Bürgerschaft darin unterstützen, Fördermittel der zuständigen Institutionen zu nutzen.

Die Kooperation mit den VHS und den anderen Bildungsträgern im Kreis (Fachhochschulen usw.) soll verstärkt werden, das EkoZet soll vermehrt als Veranstaltungsort genutzt und die konkrete Zielgruppenarbeit intensiviert werden. Die Kooperation mit dem Handwerk ist ebenfalls zu verstärken.

Wir fordern RWE auf, Beeinträchtigungen durch die Energieerzeugung im Dialog mit den Betroffenen weiter zu reduzieren.

Die Abfallentsorgung wird entsprechend der neuen technischen Möglichkeiten modernisiert und gebührenschonend ausgeschrieben.

5. Wirtschaftsförderung

Den Branchenmix von Selbstständigen, Freiberuflern, Mittelständlern und Großbetrieben sehen wir weiterhin positiv. Dieser dient aufgrund seiner Vielfalt dem Wohle von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kommunen. Durch eine Mischung verschiedener Branchen werden krisenanfällige Monostrukturen vermieden.

Für Unternehmensnachfolger, die Ausbildung von Fachkräften, Zukunftsbranchen und nachhaltig arbeitende Branchen engagieren wir uns besonders. Dieses Engagement wollen wir in enger Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen vorantreiben.

Es soll ein Preis für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen ausgelobt werden.

Wir werden die Unternehmen im Kreis und insbesondere den Mittelstand durch die Fördermittelberatung der Wirtschaftsförderung Rhein-Erft GmbH (WfG) unterstützen. Die WfG soll das Flächenrecycling aktiv unterstützen.

Die Zukunftsperspektive des Kreises wird durch die WfG verbessert. Auch hinsichtlich des Fachkräftebedarfs und der Nachfolgeproblematik im Mittelstand wird die WfG aktiv.

Sie wird sich dabei um Themen wie Frauenerwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Digitalisierung der Industrie (Wirtschaft 4.0), der Migrations- und

Integrationsthematik, der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Pflege von Angehörigen bemühen.

Wir wollen das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ weiter durch die WfG forcieren lassen.

Die WfG soll die niedergelassenen Ärzte beratend begleiten. Auch Praxisübernahmen oder Neugründungen von jungen Ärztinnen und Ärzten sollen begleitet werden, damit die wirtschaftlichen Erfordernisse eines Praxisbetriebs neben der ärztlichen Tätigkeit gemeistert werden können.

Die planungsrechtliche Vorsorge und Infrastruktur für die Zeit nach Ende der Braunkohlentagebaue muss jetzt schon beginnen. Der Rhein-Erft-Kreis wird den Strukturwandel aktiv gestalten. Deshalb werden wir mit einem Standortkonzept dazu beitragen, dass die Flächen auslaufender Industriebetriebe einer sinnvollen Folgenutzung durch neue Gewerbebetriebe zur Verfügung gestellt werden. Damit können vorhandene Infrastruktur genutzt und der Flächenverbrauch verringert werden. Gleichzeitig müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, den "Energiekreis" im Hinblick auf die Energiestruktur und -versorgung der Zukunft, aber auch hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Potenziale im Kreis gut aufzustellen. Zentraler Baustein ist hierbei die Innovationsregion Rheinisches Revier. Die mit dieser Entwicklung zusammenhängenden Chancen werden wir im Sinne der Menschen an Rhein und Erft optimal nutzen.

Der Bereich der Tourismusförderung wird auch weiterhin aktiv begleitet. In den vergangenen Jahren (2003-2012) konnten wir damit die Übernachtungszahlen im Kreis fast verdoppeln. Der Kreis ist ein attraktives Ausflugsziel. Hier stehen die Erft und die ehemalige Tagebaulandschaft mit ihren rekultivierten Flächen für den Regionaltourismus im Fokus. Tourismusförderung ist und bleibt daher eine Aufgabe des Kreises, der wir uns durch den Tourismusverein widmen werden.

Die Koalition will die regionale Wirtschaft im Rahmen der vergaberechtlichen Vorschriften unterstützen.

Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, möchten wir Kooperationen zwischen privater Wirtschaft und öffentlichen Institutionen verstärken.

6. Haushalt und Generationengerechtigkeit

Der Rhein-Erft-Kreis ist im siebten Jahr schuldenfrei. Zur Bewahrung von Schuldenfreiheit, von finanziellen Gestaltungsspielräumen und deren weiteren Ausbau bekennen wir uns ausdrücklich. Wir leisten damit einen entscheidenden Beitrag für eine nachhaltige Politik, in dem wir künftige Generationen nicht mit unseren Schulden belasten.

Die Koalitionsfraktionen halten am Ziel des Haushaltsausgleichs fest. Sie wollen auch den Kommunen ermöglichen, ihre Haushalte schuldenfrei zu gestalten. Die Kreisumlage soll nicht erhöht werden, sofern nicht fremdbestimmte Ausgaben (wie LVR-Umlage, Sozialausgaben) dies erforderlich machen. Über die Schuldenfreiheit hinaus streben die Fraktionen einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben an.

Auch in Krisenzeiten wollen wir keine Schulden machen.

Bei allen Projekten und Investitionen sind die langfristigen finanziellen und ökologischen Folgen abzuschätzen.

Bei Investitionen sind alle möglichen Finanzierungsoptionen zu prüfen.

Land und Bund sollen auf ihre Finanzierungsverpflichtungen hingewiesen werden, um die Leistungsfähigkeit aller kommunalen Ebenen nicht weiter zu schmälern.

Solides und generationengerechtes Wirtschaften, Schuldenfreiheit und langfristige Vorsorge stehen weiterhin im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Wir werden die Pensionsrückstellungen Jahr für Jahr erweitern, damit künftige Generationen nicht durch Pensionsansprüche belastet werden. Unser Ziel ist, alle Altersschichten unserer Gesellschaft an der Entwicklung und dem Wohlstand unserer Region teilhaben zu lassen.

7. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Fraktionen streben ein Miteinander der kreisangehörigen Kommunen mit dem Rhein-Erft-Kreis an. Um die öffentlichen Kassen zu schonen und vorhandene Reserven zu nutzen, wollen wir für eine Zusammenarbeit werben, die auch Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bringen soll.

Zu diesem Zweck soll eine Arbeitsgemeinschaft „Interkommunale Zusammenarbeit Rhein-Erft“ etabliert werden. Dort sollen Kommunalpolitiker Ansätze diskutieren, die dann in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen geprüft und anschließend den Räten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Um dieses Gremium zu etablieren, wird die Koalition gemeinsam mit den anderen Kreistagsfraktionen noch in 2014 Gespräche mit den Fraktionen in den Städten aufnehmen und den Weg zur Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft ausloten.

Wir können uns hierbei unter anderem die Zusammenarbeit im IT-Bereich, der Jugendhilfe und bei den Bauhöfen vorstellen.

8. Inklusion

Wir bekennen uns zur Wertschätzung der Vielfalt in Bildung, Erziehung und darüber hinaus. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Bei der Umsetzung der Vorgaben der Landesregierung zur schulischen Inklusion werden wir darauf achten, dass dem Elternwillen entsprechender Raum gegeben wird. Wir werden prüfen, wie wir die Inklusion im Bildungsbereich vorantreiben können.

Dabei werden wir darauf achten, dass das Land seinen Finanzierungspflichten vollumfänglich nachkommen wird.

Um den Stellenwert der nichtschulischen Inklusion deutlich hervorzuheben, haben die Koalitionsfraktionen beschlossen, das Thema „Inklusion“ in der Ausschussbezeichnung zu benennen. Die Kommission Inklusion entwickelt mittelfristig Handlungskonzepte und Lösungen für die nichtschulischen Aspekte der Inklusion und stimmt diese mit gesellschaftlichen Akteuren ab.

Im Sinne der Inklusion werden wir dabei unter anderem auch die Einrichtung einer Informationsplattform für neue und barrierefreie Wohnräume prüfen.

9. Verkehr

Das Straßen- und Radwegenetzes wird auch in Zukunft instand gehalten werden. Eine attraktive Ausgestaltung der Übergänge verschiedener Mobilitätsformen hilft bei der Bewältigung der kommenden Infrastrukturherausforderungen und dient dem veränderten Mobilitätsverhalten. Bei lokalen Verkehrsprojekten werden wir weiterhin verstärkt die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Hinsichtlich des Kreisstraßennetzes kommt es hauptsächlich darauf an, die vorhandene Infrastruktur zu sichern und an den notwendigen Stellen zu ergänzen. Bei der Sicherung der Infrastruktur orientieren wir uns an dem bestehenden Instandhaltungskonzept.

Als besonders problematisch erscheint die Situation der Straßen im Kölner Süden. Die Fraktionen setzen sich für eine Kommission ein, die mit allen Baulastträgern und betroffenen Kommunen (Köln, Hürth, Brühl, Wesseling, Rhein-Erft-Kreis) ein intermodales Gesamtkonzept für den Verkehr im Kölner Süden (vom Autobahnkreuz Köln-West bis Köln-Gremberg und vom Flughafen bis Bonn, sowie vom Erftaldreieck bis Köln-West) entwickelt und mit den vorhandenen Planungen abgleicht (Themen insbesondere: Godorfer Hafen, Ortsumgehung Hermülheim, Ortsumgehung Meschenich, weitere Rheinquerung Wesseling/Godorf).

Die Radwege müssen weiter ausgebaut und effizient vernetzt werden. Sollten entsprechende Förderprogramme von Land, Bund oder andere Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, sollen Radschnellwege von Pulheim, Kerpen-Horrem und Frechen, Erftstadt, Brühl und Hürth nach Köln, zwischen Bonn und Köln und entlang der Erft entstehen.

Uns ist an einem funktionsgerechten ÖPNV gelegen. Der Nahverkehrsplan ist zurzeit in Arbeit und soll schnellstmöglich umgesetzt werden. Wir streben an, dass der Kreis nur noch für die Regionalbusse zuständig ist und die Kommunen ihre Ortserschließung in eigener Zuständigkeit regeln. Die Fraktionen legen Wert darauf, dass auch die Busfahrer nach Tarif bezahlt werden.

Wir unterstützen die von uns initiierten Planungen für S-Bahnstrecken, insbesondere nach Bedburg, Pulheim, Erftstadt, Brühl und Bonn. Die Zielsetzungen zum verkehrlichen Klimaschutz werden im Nahverkehrsplan beschrieben. Bei der Fahrzeugbeschaffung fördern wir emissionsarme Mobilität. Bei möglichen Jobticket-Lösungen suchen wir nach Kooperationen mit anderen.

Über den Verbund wollen wir das Absolvententicket und das Schülerticket für alle Auszubildenden einführen. Ein S-Bahn Haltepunkt Geilrath/Manheim soll eingerichtet, der vorhandene in Sindorf ausgebaut werden.

Wir brauchen Parkplätze für Pendler an den Umstiegshaltepunkten, dabei sollen auch die Belange von Radfahrern und E-Bikern (Mobilitätsstation) berücksichtigt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Öffentliche Personennahverkehr an den Haltestellen und in den Bussen nach und nach barrierefreier wird. Fahrerinnen und Fahrer in den

Bussen und Bahnen im Rhein-Erft-Kreis sollen in Fortbildungen für die Belange von Menschen mit Behinderungen als Fahrgäste sensibilisiert werden.

Die Optimierung des Busverkehrs, Strecken- und Haltestellennetzes treiben wir voran, ebenso die Barrierefreiheit des ÖPNVs. Testweise wollen wir eine regionale Schnellbuslinie in der Nord-Süd-Achse auch zur Verknüpfung des Schienenverkehrs errichten. Auch Bürgerbus- und Rufbussysteme sind zu prüfen. Dabei behalten wir immer eine angemessene Kosten-Nutzen-Relation im Blick. Den steigenden Kosten des ÖPNV ohne Leistungsverbesserungen werden wir entgegentreten. Kostensenkungspotenziale sind zu identifizieren, zu heben und umzusetzen.

10. Sicherheit

Die Sicherheit der Menschen im Rhein-Erft-Kreis ist Grundvoraussetzung für ein gesellschaftliches Miteinander. Wir setzen uns dafür ein, dass ein sehr hohes Maß an Sicherheit durch die zuständigen Behörden gewährleistet wird. Hierzu gehört auch die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und älteren Mitbürgern im Straßenverkehr. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Einsatzreaktionszeiten von Polizei-, Feuerwehr- und Sanitätskräften den modernen Sicherheitsanforderungen entsprechen. Der Rhein-Erft-Kreis als zuständige Behörde für den Katastrophenschutz soll auf Grundlage des derzeitigen Forschungsstandes effektive Reaktions- und Abwehrpläne zusammen mit den involvierten Sicherheits- und Rettungsbehörden erarbeiten. Wir wollen das subjektive Sicherheitsempfinden erhöhen, sowie Prävention, Zivilcourage und Opferschutz stärken und fördern.

Die Koalitionsfraktionen setzen sich für den Erhalt aller Polizeiwachen im Rhein-Erft-Kreis ein. In Ordnungspartnerschaften sollen auch soziale Dienste, Träger des öffentlichen Personennahverkehrs und Vereine eingebunden werden. Die Sicherheit in und um den ÖPNV soll erhöht werden, sowie Angst- und Gefährdungsräume vermieden werden. Dabei setzen wir im Wesentlichen auf Sicherheitspersonal.

Der Landrat wird gebeten, ein Konzept zur Vermeidung von Wohnungseinbrüchen zu entwickeln. Wir regen die Einführung einer kreisweiten Sicherheitsmesse an.

11. Verwaltung

Um eine hochwertige Arbeit der Verwaltung und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, werden wir ein Personalentwicklungskonzept mit einem internen Nachwuchsförderungsprogramm sowie einem Traineeprogramm vorantreiben. Die qualitative Personalausstattung der Verwaltung soll fortentwickelt werden. Bei allen Programmen ist auf die Gleichstellung von Frauen und Männern, sowie auf Inklusion zu achten. Dort wo Mehraufgaben auf die Verwaltung oder kreiseigene Gesellschaften übertragen werden, müssen wir für die Personalausstattung sorgen, betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschließen.

Die zum Haushalt 2014 beschlossene Organisations- und Effizienzstudie wird von den Koalitionsfraktionen konstruktiv begleitet.

Bei rund 400 Verwaltungsmitarbeitern aus dem mittleren und gehobenen Dienst sichern wir eine Ausbildungsquote von insgesamt 6% zu.

Ausschreibungen der Verwaltung sollen in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltige Kriterien berücksichtigen. Wir sprechen uns für die Sicherstellung einer transparenten Berichtspflicht von Gremien aus, in denen der Kreis vertreten ist (u.a. Verkehrsgesellschaften, HGK). Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit stärken.

Es soll weitere Angebote im Bereich e-Government geben. Die Servicestandards sollen insgesamt weiterentwickelt werden.

12. Kultur, Sport und Freizeit

Die Nutzung von besonderen Kultureinrichtungen wollen wir für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis stärker begleiten. Bestehende Kulturangebote werden erhalten und auf Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklungen konzeptionell unterstützt. Verlässlichkeit legen wir auch weiterhin bei der ideellen und materiellen Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement im Kultur- und Sportbereich an den Tag. Wir unterstützen den Kreissportbund in seinen Aktivitäten, unter anderem liegt uns die Durchführung des Deutschen Sportabzeichens am Herzen. Darüber hinaus stellt er die vielfältigen Hilfen im Bereich Gesundheit, Integration und Inklusion mit qualifizierten Projekten sicher.

Wir wollen die Erinnerungskultur stärken. Insbesondere dürfen die Vorkommnisse während des Dritten Reiches nicht in Vergessenheit geraten, dabei gilt es die Menschen für das Geschehene zu interessieren. Dazu sollen Projekte von der Schülerprojektarbeit bis zur Promotion, die sich mit der Erforschung und Aufarbeitung dieser Periode beschäftigen, unterstützt werden.

Wir wollen weiterhin Initiativen zur Förderung populärer Musik unterstützen.

Den Besuch von kulturellen Einrichtungen durch Schulklassen wollen wir ermöglichen und fördern.

Mehr Lebensqualität und die attraktive Gestaltung des Wohn- und Arbeitsraumes an Rhein und Erft bleiben uns wichtig.

13. Zivilgesellschaftliches Engagement

Die lebendige Vielfalt im gesamten Kreisgebiet werden wir stetig weiterentwickeln. Wir bleiben an der Seite all jener, die mit wertvollen Aktivitäten die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Dies gilt für Sport, Kultur, Naturschutz, Gesundheit und Soziales gleichermaßen. Die Aktivitäten von Institutionen wie beispielsweise dem Kreissportbund, dem Kreissängerbund und diversen Selbsthilfegruppen werden von uns positiv begleitet. Entsprechend werden wir das Ehrenamt weiter fördern. Wir wollen Initiativen zur politischer Bildung und politischem Engagement von Kindern und jungen Erwachsenen in unserem Kreis stärken und Raum geben.

14. Internationale Begegnungen und Partnerschaften

Partnerschaften auf internationaler Ebene sind in einer globalisierten Welt ein Mittel zur Vernetzung der Gesellschaften untereinander und tragen zur besseren Bewältigung

der neuen Herausforderungen für unsere Generation bei. Diesen Gedanken verwirklichen wir im Rhein-Erft-Kreis bereits seit über vierzig Jahren mit der deutsch-französischen Jugendbegegnungsstätte Guidel, den Partnerschaften mit dem französischen Département Morbihan und dem polnischen Partnerkreis Bielsko-Biala. Diese werden insbesondere durch Jugendbegegnungen und Austausch verschiedener, engagierter zivilgesellschaftlicher Gruppen getragen. Sie vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern auch soziale und sprachliche Kompetenzen. Insbesondere Kinder und Jugendliche entwickeln und festigen durch kulturelle Anreize ihre geistigen Potenziale und soziale Kompetenzen. Wir im Rhein-Erft-Kreis wollen daher qualitativ hochwertige Veranstaltungen für Bildung und Begegnung organisieren, die gezielt deutsche und ausländische Jugendliche zusammenbringen. Der Austausch zwischen Verwaltungen schafft neue Perspektiven und bringt frische Ideen in die jeweiligen Partnerverwaltungen. Auch regionale Partnerschaften auf wirtschaftlicher Ebene werden zunehmend wichtiger, um neue Handels- und Wirtschaftspartner im europäischen, wie außereuropäischem Ausland zu gewinnen und somit die heimische Wirtschaft durch die Partnerschaftsaktivitäten des Kreises zu unterstützen. Wir werden deshalb für unsere Kinder und Jugendliche, für eine moderne, innovative Verwaltung und eine stabile und florierende Wirtschaft bestehende Partnerschaften ausbauen.

15. Gestaltung der Heimat mit allen hier lebenden Menschen

Menschen mit Migrationshintergrund der verschiedenen Herkunftsländer sind ein wichtiger Bestandteil unserer lebendigen und fortschrittlichen Heimat. Mit der Integration und Förderung von Migranten wollen wir mit den kreisangehörigen Kommunen und weiteren Partnern ein gemeinsames Miteinander leben und darüber hinaus Menschen mit Migrationshintergrund dazu befähigen, in Fachberufen zu arbeiten um auch den Fachkräftemangel zu reduzieren. Die Förderung von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund werden wir verstärken. Wir werden mit den Kammern und Berufskollegs das Projekt „Starthilfe für Lehrlinge“ weiterentwickeln. Diese Aufgabe werden wir als Rhein-Erft-Kreis offensiv koordinieren und die Arbeit von örtlichen Migrationszentren und Migrationsbeauftragten positiv begleiten. Der Rhein-Erft-Kreis erlebt weiterhin einen Zustrom von Neubürgern. Wir wollen mit Alteingesessenen und Neubürgern, Jung und Alt eine lebendige Heimat weiterentwickeln. Kinder- und familienfreundlich werden wir Bildung, Wohnen, Arbeit und Freizeit auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung zielgerichtet verknüpfen. Wir wollen allen Menschen helfen, die eine Förderung benötigen, um am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen zu können.

16. Arbeitsweise der Koalition

Zur wirksamen Umsetzung dieses Vertrages finden, jeweils zeitnah vor den Kreisausschusssitzungen, Koalitionsgespräche statt. Die Gesprächsteilnehmer bestehen aus den Fraktions- und Parteivorsitzenden. Weitere Teilnehmer werden im gegenseitigen Einvernehmen eingeladen. Federführung für die Einladung zum Koalitionsgespräch liegt jeweils im ersten Quartal bei der CDU, im zweiten Quartal bei der FDP, im dritten Quartal bei der CDU, im vierten Quartal bei den Grünen. In jedem Sitzungsblock des Kreistags (KA/KT) wird eine enge Abstimmung zur Verwaltung gesucht.

Die Koalitionsarbeitsgruppen, die analog zu den Fachausschüssen gebildet werden,

treffen sich jeweils zum Jahresanfang zu einer Klausurtagung um ein Jahresprogramm zu erarbeiten. Dieses wird den Fraktionen im Anschluss vorgestellt und im Koalitionsausschuss beraten.

Abweichend von diesem Vertrag können aus gegebenem Anlass weitere Vereinbarungen getroffen werden.

Bergheim, den 30. Juni 2014

Gregor Golland MdL
Vorsitzender
CDU Rhein-Erft

Ralph Bombis MdL
Vorsitzender
FDP Rhein-Erft

Anna Stenz und Uwe Zaar
Vorsitzende
GRÜNE Rhein-Erft

Willi Zylajew
Vorsitzender
CDU-Kreistagsfraktion

Christian Pohlmann
Vorsitzender
FDP-Kreistagsfraktion

Elmar Gillet
Vorsitzender
GRÜNE-Kreistagsfraktion